



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 167
23. Februar 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD sind abgeschlossen. Dem Koalitionsvertrag müssen nun noch die Mitglieder der SPD und die Delegierten des CDU-Sonderparteitags am kommenden Montag zustimmen. Auf diesem Parteitag wird sich auch Annegret Kramp-Karrenbauer zur Wahl als neue Generalsekretärin der CDU stellen (Seite 1).

Darüber hinaus stand in dieser Woche für mich die erste Rede in meiner neuen Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) zum Thema „Lobbyregister“ im Plenum des Deutschen Bundestages an (Seite 2). Zudem habe ich erstmals an der Sitzung des Ältestenrates des Deutschen Bundestag teilgenommen, dem ich seit dieser Woche ebenfalls annehme (Seite 4).

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Union setzt sich in wichtigen Feldern durch Erste Weichen für personelle Erneuerung der CDU gestellt

Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD abgeschlossen sind, gibt es in diesen Tagen auch die ersten Personalentscheidungen. Dies gilt nicht nur für die Ministerposten, deren personelle Besetzung seitens der CDU am Sonntag bekannt gegeben werden, sondern auch für Positionen innerhalb der Partei. So wird die Parteivorsitzende Angela Merkel den Delegierten des Sonderparteitags, der am kommenden Montag über den Koalitionsvertrag abstimmen wird, Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Ge-

neralsekretärin vorschlagen. Annegret Kramp-Karrenbauer wird hierfür ihr Amt der Ministerpräsidentin des Saarlandes aufgeben. Das nötigt mir großen Respekt ab und zeigt, wie sehr ihr das Amt der Generalsekretärin am Herzen liegt. Sie zeichnet sich durch einen klaren programmatischen Kompass aus und ist damit bestens geeignet das Profil der CDU als Volkspartei der Mitte zu schärfen. Annegret Kramp-Karrenbauer wird den notwendigen inhaltlichen und auch personellen Erneuerungsprozess der CDU maßgeblich mitgestalten. Ihre Ankündigung, eine Grundsatzdebatte zu starten zu wollen und das Grundsatzprogramm der CDU neu zu schreiben, begrüße ich ausdrücklich. Diesen Vorschlag habe ich bereits 2016 gemacht und ich freue mich, dass dieser nun umgesetzt wird. Ich bin mir sicher, dass es Annegret Kramp-Karrenbauer gelingen wird, die verschiedenen Diskussionsstränge und Impulse der Basis in die Grundsatzdebatte aufzunehmen und am Ende zu einem Profil zusammenzufügen. Mit ihrem großartigen Sieg bei der saarländischen Landtagswahl im vergangenen Jahr läutete sie den Anfang vom Ende des Schulz-Hypes ein. Hier zeigte sie ihre Wahlkämpferqualitäten. Mit ihr als künftige Chefwahlkämpferin sind wir also bestens für die anstehenden Wahlkämpfe gewappnet.

Bevor diese anstehen, gilt es nun aber endlich eine neue Regierung zu bilden.



Foto: CDU/ Laurence Chaperon

Mit dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD wurde der Grundstein hierfür gelegt. In den vergangenen Wochen haben mich eine ganze Reihe kritischer Nachfragen zum Koalitionsvertrag erreicht. Hinsichtlich der vorgesehenen Ressortverteilung kann ich die Kritik durchaus nachvollziehen. Für jeden in der CDU ist diese wohl nur sehr schwer zu akzeptieren. Insbesondere der Verlust des Finanzministeriums wiegt besonders schwer. Für mich entscheidend und am Ende auch der ausschlaggebende Grund, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen, sind jedoch die Inhalte. Wer sich intensiver mit dem Koalitionsvertrag beschäftigt, erkennt, dass sich viele der Forderungen aus dem CDU-Wahlprogramm darin wiederfinden und das Papier ganz klar die Handschrift der Union trägt. In der Familienpolitik konnten wir unser Wahlprogramm beispielsweise 1:1 umsetzen. Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag werden erhöht. Zudem wollen wir ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro pro Kind und Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren einführen sowie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Gleiches gilt für unsere Forderungen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik. Die jährlichen Zuwanderungszahlen sollen die Spanne von 180.000 bis 220.000 nicht übersteigen. Zudem haben wir die Einführung von Transitzentren durchgesetzt, Algerien, Marokko und Tunesien sowie alle Staaten mit einer Anerkennungquote von unter fünf Prozent werden zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt und der Familiennachzug für subsidiär Geschützte wird darüber hinaus auf 1000 Menschen pro Monat gedeckelt. Dies sind nur einige Beispiele für Forderungen aus unserem Wahlprogramm, die wir umsetzen konnten. Ich könnte viele weitere nennen.

In welchem deutlichem Maß der Koalitionsvertrag die Handschrift der Union trägt, wird auch klar, wenn man einen Blick auf die Kernforderungen der SPD wirft, mit denen sie in die Koalitionsverhandlungen gestartet sind. Die Bürgerversicherung findet sich nicht im Koalitionsvertrag. Dafür aber die

CDU-Forderungen nach Bildung ärztlicher Versorgungszentren in der Fläche, der Einführung einer Landarztquote sowie regionaler Zuschläge für Landärzte. Allesamt Maßnahmen, die die Gesundheitsversorgung auf dem Land verbessern werden. Auch die SPD-Forderungen nach einer vollständigen Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie des vollständigen Rückkehrrechts von Teil- in Vollzeit konnten wir durch Beschränkungen in für uns tragfähige Kompromisse abmildern. So bekämpfen wir Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt, sichern jedoch die notwendige Flexibilität insbesondere kleiner Unternehmen.

Für diese starke inhaltliche Handschrift mussten wir an anderer Stelle, in diesem Fall bei der Ressortverteilung, Tribut zollen. Gegen Ende der Verhandlungen wurde sehr deutlich, dass die SPD in keine Koalition eintritt, wenn sie nicht die Ressorts Außen, Arbeit und Sozialen sowie Finanzen erhält. Sicherlich spiegelt dies nicht das Wahlergebnis vom September wider und ist daher sehr schmerzhaft. Fest steht auch, dass der Rahmen für die Arbeit aller Minister der Koalitionsvertrag bildet. Beispielsweise haben wir dort für das Finanzministerium vereinbart: Keine neuen Schulden, keine Steuererhöhungen, Entlastungen der Bürger. Daran muss sich auch ein künftiger SPD-Finanzminister halten. Und zu guter Letzt haben sowohl die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch das Kanzleramt die Möglichkeit, die Arbeit der künftigen Minister dahingehend zu kontrollieren. Diese Möglichkeiten werden wir bei Bedarf nutzen.

Darüber hinaus hat die CDU zum ersten Mal seit 1966 wieder das Wirtschaftsministerium inne. Wir haben also die Chance, für eine Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu sorgen. Und schließlich liegen mit Wirtschaft und Energie, Bildung und Forschung, Verkehr und digitale Infrastruktur zentrale Zukunftsthemen in der Verantwortung der Union.

Ich bin mir sicher, dass dieser Koalitionsvertrag unserem Anspruch gerecht wird, Deutschland in den kommenden vier Jahren voranzubringen.

BERLIN I

Rede zum Lobbyregister



Die Diskussion um die Einführung eines Lobbyregisters ist nicht neu. Bereits in den vergangenen drei Legislaturperioden lagen Anträge der Grünen- und Linksfraktion zum Thema vor. Die exakt gleichen Anträge wurden nun erneut von den beiden Fraktionen eingebracht. Da ich in meiner Funktion als PGF auch für Fragen der Geschäftsordnung zuständig bin, habe ich in meiner Rede Position zu dem Vorschlag genommen. Die Forderung nach Transparenz ist berechtigt. Aber bereits heute ist die Transparenz im Bundestag sehr hoch. Das hat auch Transparency International festgestellt. Durch die Einführung eines Lobbyregisters würde die Transparenz nicht erhöht, sondern lediglich ein Bürokratiemonster geschaffen werden, welches zusätzlich das freie Mandat der Abgeordneten beschneiden würde. Meine Rede können Sie sich hier in ganze Länge ansehen: <https://dbtg.tv/fvid/7203302>.

IN EIGENER SACHE

Einhergehend mit meiner Aufgabe als PGF gibt es auch Neuerungen rund um mein Arbeiterteam. Mein PGF-Büro erreichen Sie künftig unter der Nummer 030 227 71883. Mein Abgeordnetenbüro erreichen Sie unter der Nummer 030 227 71881. Meine MdB-Mitarbeiter sind auch künftig Ihre Ansprechpartner für Besuchergruppen, Terminanfragen oder allgemeine Fragen zum Wahlkreis und meiner Tätigkeit als MdB.

VERKEHR

Verkehrsminister Wissing verschenkt Infrastrukturmillio-

nen

Geschenke gibt man nicht zurück. Geflügelte Worte, von denen man sich dieser Tage wünschen würde, der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Volker Wissing hätte sie beherzigt. In der Antwort des Verkehrsministeriums auf die Kleine Anfrage der CDU musste er unlängst einräumen, dass im Jahr 2017 insgesamt 28,6 Mio. Euro Bundesmittel, die die Bundesregierung der Landesregierung für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt hatte, nicht verausgabt werden konnten. Nachdem bereits im vergangenen Haushaltsjahr 46 Mio. Euro nicht durch die Landesregierung abgerufen werden konnten, hat Wissing nun in zwei Jahren Amtszeit 74 Mio. Euro, die für Rheinland-Pfalz bestimmt waren, hergeschenkt. Das ist aus zweierlei Gründen bedauerlich.

Zum einen benötigt das rheinland-pfälzische Straßennetz die Mittel dringend. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 warten unzählige Bundesfernstraßenprojekte, die von der verantwortlichen Straßenbauverwaltung, dem Landesbetrieb Mobilität (LBM), abgearbeitet werden müssten. Mit den entgangenen Millionen hätte man viele Projekte beginnen und etliche Kilometer Autobahn und Ortsumgehungen bauen können. Die Situation der Landesstraßen ist zudem nicht berauschender. Der Landesrechnungshof hat wiederholt festgestellt, dass sich die Hälfte der Landesstraßen in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand befindet. Ein Drittel der Landesstraßen ist in einem derart schlechten Zustand, dass sie eigentlich unverzüglich gesperrt und erneuert werden müssten. Die Landesregierung schiebt mittlerweile einen Investitionsstau von 1 Mrd. Euro vor sich her. Aus diesem Grund sind auch die Mittelerhöhungen, die Herr Wissing als Trendwende verkaufen möchte, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Noch diese Woche bestätigte der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht, dass die Investitionsquote des Landes stark unterdurchschnittlich ist, ein fortschreitender Wertverzehr unse-

rer Infrastruktur ist die Folge.

Zum anderen ist es nicht selbstverständlich, dass eine Landesregierung Summen in derartiger Höhe erhält. Um jede Million von der Bundesregierung muss in Berlin hart gerungen werden. Es gilt, nicht nur den Koalitionspartner zu überzeugen, dass die Mittel für den beabsichtigten Zweck gut angelegt sind. Auch gegen Begehrlichkeiten aus der eigenen Fraktion und anderen Bundesländern müssen die Fördermillionen verteidigt werden. Können hart erkämpfte Fördermittel dann nicht abgerufen werden, ist das ärgerlich und beschämend.

Die Erklärung für dieses Versagen, das Land sei durch die 2016 plötzlich angestiegenen Mittel überrascht worden, ist nicht mehr als ein leicht zu durchschauendes Ablenkungsmanöver. Nicht nur gelingt es den anderen Bundesländern ja, das bereitgestellte Geld zu verbauen und nicht ungenutzt nach Berlin zurückzuschicken. Auch wurde der Mittelaufwuchs für die Bundesfernstraßen nicht 2016, sondern bereits im Jahr 2011 angekündigt. Das noch vom damaligen Bundesverkehrsminister Ramsauer aufgelegte Infrastrukturbeschleunigungsprogramm für Bundesfernstraßen wurde im Februar 2012 vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen. Herr Wissing hat den Prozess damals im Übrigen als Abgeordneter des Deutschen Bundestages begleitet, scheint sich daran aber nicht mehr zu erinnern. Seither sind sechs Jahre vergangen. Volker Wissing ist seit fast zwei Jahren Verkehrsminister. Ich frage mich, wie lange er noch braucht, um sicherzustellen, dass keine Millionen mehr verschenkt werden.

Auf Kritik reagiert Herr Wissing ausgesprochen dünnhäutig. Angebracht wären Demut und das Präsentieren eines überprüfbaren Konzeptes, wie man sicherstellen will, dass die bereitgestellten Millionen in Zukunft bei den Menschen ankommen. Stattdessen verteidigt sich Wissing mit wechselnden Ausflüchten. Mal seien die Umwelt-

WAHLKREIS I

Politisches Heringessen in Prüm

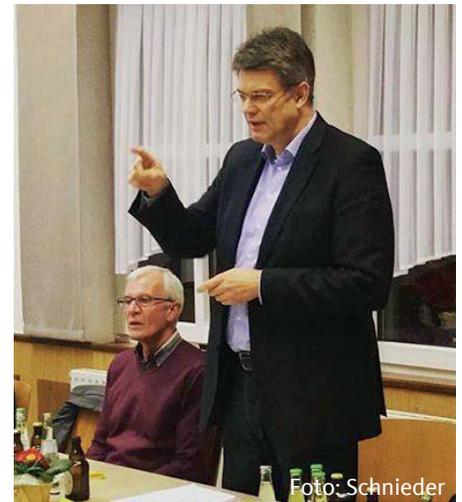


Foto: Schnieder

In der vergangenen Woche fand das traditionelle politische Heringessen des CDU-Stadtverbands Prüm statt. Bei vollem Haus und guter Stimmung habe ich den Koalitionsvertrag und die Ressortverteilung kritisch beleuchtet.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

...ist die SPD in dieser Woche auf den Hund gekommen. Die Bild-Zeitung meldete in dieser Woche die Hündin „Lima“ als SPD-Mitglied und damit auch für die anstehende Abstimmung über den Koalitionsvertrag an. Alter, Kontonummer und Adresse wurden einfach vom Frauchen übernommen. Der Tierversuch wurde öffentlich gemacht und die SPD stand buchstäblich wie ein begossener Pudel da. Rudelführerin Nahles stellte klar: „Ein Hund wird nicht mit abstimmen“. Wie beruhigend. Anstatt jedoch zu prüfen wie Sie ihren Mitgliederentscheid besser vor Manipulationen schützen kann, prüft die SPD nun juristische Konsequenzen gegen die Bild-Zeitung. Frei nach dem Motto „Pforten hoch, Genossin Lima“. Bleibt zu hoffen, dass der SPD-Mitgliederentscheid vor weiteren Manipulationen verschont bleibt und die Mehrheit der Mitglieder für eine GroKo stimmt. Sonst befürchte ich, wird die SPD vollends vor die Hunde gehen.

gesetze zu streng und die Ursache dafür, dass man mit den Planungen nicht vorankomme. Doch gelten die Umweltsetze in ganz Deutschland. Die Eifel ist aus ökologischer Perspektive nicht komplizierter oder vielfältiger als andere Landschaftsregionen in Deutschland. Es gibt keinen objektiven Grund, weshalb es schwieriger sein sollte, eine Bundesfernstraße durch Rheinland-Pfalz zu bauen als durch den Bayrischen Wald oder das Landschaftsschutzgebiet Harz. An anderer Stelle verteidigt sich Wissing damit, dass verlorene 74 Mio. Euro nicht von Bedeutung seien, da man ja trotzdem mehr gebaut habe als im Jahr zuvor. Doch die steigenden Investitionen sind weniger ein Ergebnis der guten Politik, sondern vielmehr Anzeichen des immensen Nachholbedarfs – das gilt sowohl für die Bundesfernstraßen als auch für die Landesstraßen. Fakt ist: Die Landesregierung versucht mühsam, auf den Stand der anderen Bundesländer zu kommen. Relevant sind nur die absoluten Zahlen, und dort sehen wir: Andere gewinnen dazu: Baden-Württemberg ruft 55 Mio. zusätzlich ab. Das CDU-geführte Verkehrsministerium in NRW erhält mehr als 100 Mio. Euro Zuschlag. Und Rheinland-Pfalz? Wir verlieren 28 Millionen. Das ist nicht schönzureden und schon gar kein Erfolg, sondern eine krachende Niederlage. Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lassen sich nicht ohne Grund diese Woche dafür feiern, dass sie mehr Gelder abrufen konnten als veranschlagt. Wäre Herr Wissing dies gelungen, hätten wir eine feierliche Pressekonferenz gesehen. Stattdessen versucht er der Öffentlichkeit einzureden, dass 74 Millionen Euro, mit denen man Pendler wie Anwohner effektiv hätte entlasten können, gar kein Verlust seien.

Zuguterletzt zieht er sich auf die Position zurück, dass es schlicht nicht anders gehe und die CDU auch noch nie einen Vorschlag gemacht habe, wie man Planungsprozesse beschleunigen könne. Dabei haben wir Maßnahmen vorgeschlagen, immer und immer wieder. Herr Wissing ebenso wie seinem Vorgänger Herrn Lewentz. Wir haben schon vor Jahren angemahnt, den Personalbestand des Landesbetriebs Mobilität (LBM) zu erhöhen und das Personal

besser zu bezahlen, damit es dem Land möglich ist, sich im Wettbewerb um junge Ingenieure gegen die freie Wirtschaft durchzusetzen. Die Mittel für die rheinland-pfälzischen Bundesfernstraßen konnten wir im Bund für die nächsten zwölf Jahre schließlich um 52 Prozent erhöhen. Und wie reagiert Wissing? Erhöht er die Personalausgaben um 52 Prozent? 20 Prozent? 10 Prozent? Erhöht wurden die Personalmittel des LBM um gerade einmal 2,1 (!) Prozent, nachzulesen im rheinland-pfälzischen Haushalt. Trendwenden sehen anders aus. Vor dem Hintergrund, dass sich die bereits heute angespannte Personalsituation beim LBM ab dem Jahr 2020 aufgrund von altersbedingten Abgängen weiter verschärfen wird, ist diese Politik grob fahrlässig. Nicht weniger häufig hat die CDU vorgeschlagen, das Problem der fehlenden Planer zu umgehen, indem mehr Ingenieurleistungen extern vergeben wurden. NRW ließ sich die Planungsleistungen durch private Ingenieurbüros im Haushaltsjahr 2017 50 Mio. Euro kosten. In Bayern wurden in den vergangenen Jahren mehr als 200 Mio. Euro jährlich an externe Ingenieure gezahlt. Und Rheinland-Pfalz? Herrn Wissing war die Beschleunigung der Projekte durch externe Ingenieurleistungen im vergangenen Jahr lediglich 28,7 Mio. Euro wert. Sinn und Zweck der Ausflüchte ist, zu verschleiern, dass Rheinland-Pfalz 74 Mio. Euro durch die Lappen gegangen sind. Punktum. Könnte sich Herr Wissing, in der rheinland-pfälzischen Ampel-Koalition gegenüber SPD und Grünen durchsetzen und dafür sorgen, dass die Mitarbeiter des LBM besser bezahlt werden, dann gäbe es die Personalnot nicht. Er sollte seine Energie darauf verwenden, diesen Missstand zu beheben, anstatt Ausreden über Ausreden zu suchen, warum die Tatsache, dass 74 Mio., die Rheinland-Pfalz rechtlich zustehen, nun nicht verbaut werden können, eigentlich ja gar nicht so tragisch sei. Gleichzeitig dürfen sich die Bürger in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen freuen, denn dorthin flossen die Mittel, die in Rheinland-Pfalz nicht abgerufen werden konnten, mehrheitlich. Dort nimmt man sich das geflügelte Wort zu Herzen, sie nehmen das Geschenk gerne an.

BERLIN II

Wahl in den Ältestenrat

Seit dieser Woche gehöre ich dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an. Der Ältestenrat ist das zentrale Koordinations- und Lenkungsorgan des Bundestages. Ihm gehören zwar nicht die ältesten Abgeordneten, aber jene mit langjähriger parlamentarischer Erfahrung an. Traditionell sitzen auch die PGFs der jeweiligen Fraktion in diesem Gremium. Da ich vor wenigen Wochen zu einem der PGFs der CDU/CSU-Fraktion gewählt wurde, nehme ich daher künftig auch im Ältestenrat Platz. Hier werde ich mich unter anderem um den Ablauf der Sitzungswochen, aber auch um die Klärung von Meinungsverschiedenheiten über Verfahrensfragen zwischen den Fraktionen kümmern.

WAHLKREIS II

Seniorenfrühstück in Arzfeld



Foto: Schreiber

Auf Einladung des örtlichen Seniorenbeirats war ich in der vergangenen Woche Gastredner beim Seniorenfrühstück in Arzfeld zum Thema „Politik für die älteren Bürger“. Ein spannendes Thema und eine klassische Querschnittsaufgabe in der Politik. Wir müssen die Belange der Älteren und Senioren im Blick behalten, damit sie auch weiterhin ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft bleiben können.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)